



LEBENSMITTEL LEISTBAR MACHEN

/ Autor:innen:

Miriam Frauenlob, Lena Rauscher & Leonard Jüngling

August 2025

Lebensmittel leistbar machen: Was sich Österreich von anderen Ländern abschauen kann

Die hohen Lebensmittelpreise haben in Österreich erneut eine Diskussion entfacht. Dabei wird der Konflikt rasch als Glaubensfrage verhandelt: „Der Markt regelt das“ versus „der Staat soll die Preise stoppen“. Beides greift zu kurz. Die Ursachen für hohe Lebensmittelpreise sind komplex und finden sich entlang der Lieferkette. Auch der vieldiskutierte „Österreich-Aufschlag“ treibt die Preise in die Höhe.

Dieser Policy Brief präsentiert fünf Handlungsempfehlungen, die an den verschiedenen Schritten im Produktions- und Lieferprozess ansetzen, um Lebensmittel wieder leistbar zu machen. Neben großen systemischen Fragen kann Österreich auch dort ansetzen, wo sich die Probleme für die meisten zeigen: Beim teuren Supermarkteinkauf, der besonders einkommensarme Familien belastet. International gibt es erprobte Instrumente, die gezielt Abhilfe schaffen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Dieser Policy Brief bündelt Evidenz und Erfahrungen und leitet daraus einen praktikablen Maßnahmenmix für Österreich ab.

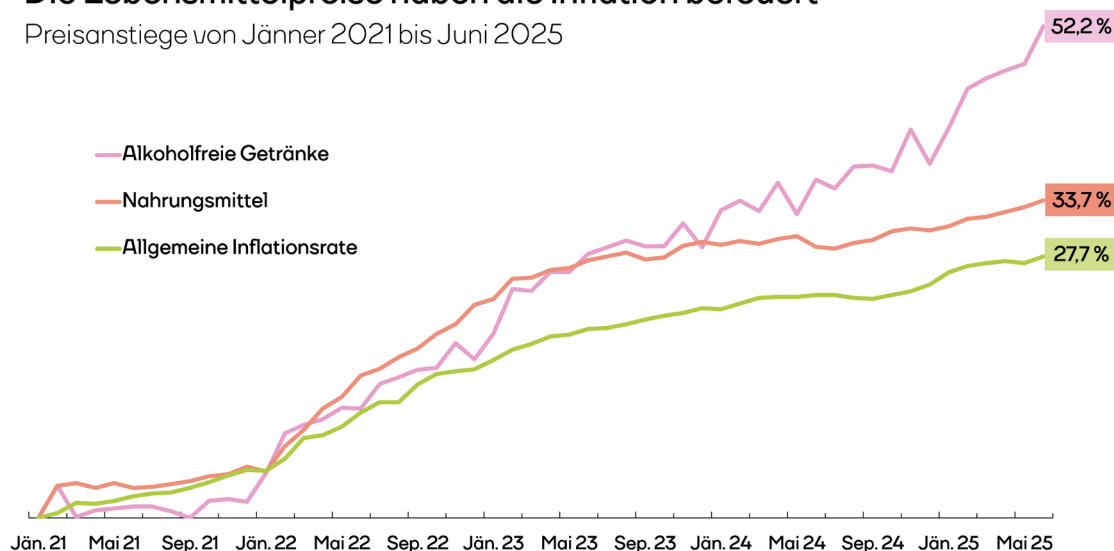
Es braucht eine zielgenaue Entlastung auf Grundnahrungsmittel. Die internationale Literatur und Länderpraxis zeigen: Selektive Höchstpreise für je ein Standardprodukt pro Warengruppe, Bruttomargen-Limits entlang der Wertschöpfungskette, temporäre Mehrwertsteuer-Senkungen mit gesicherter Weitergabe, sowie langfristige Transparenzinstrumente können im Rahmen eines Policy-Mixes eingesetzt werden, um die hohen Preise zu bekämpfen.

/ Inflation im Supermarktregal

Nach Jahrzehnten niedriger Inflation, ist die Teuerung seit 2022 wieder zu einem der größten wirtschaftlichen Probleme geworden. Hohe Energiepreise belasteten Industrie und Haushalte. Zusätzlich zu Angebotsschocks und stockenden Lieferketten, konnten Unternehmen in Sektoren mit hoher Marktmacht von der Inflationsdynamik auch noch profitieren, indem sie die Preise noch stärker erhöhten als es ihren Einkaufspreisen entsprach (Weber et al. 2025).

Die Lebensmittelpreise haben die Inflation befeuert

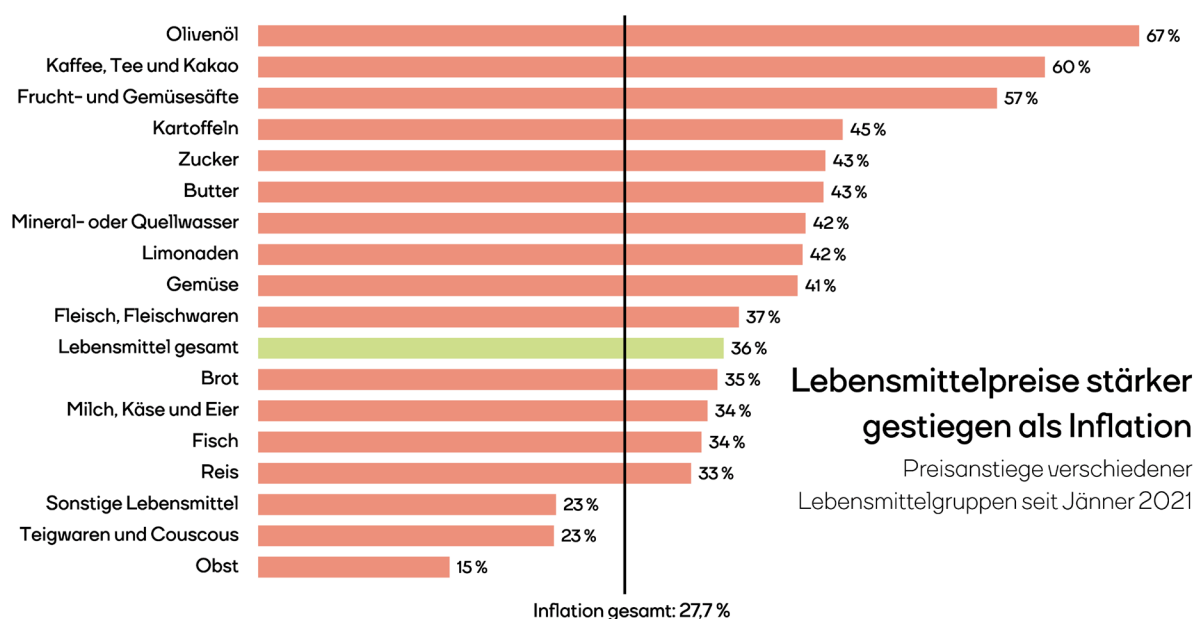
Preisanstiege von Jänner 2021 bis Juni 2025



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen
Anmerkungen: Zahlen für Juni 2025 vorläufig

Das betrifft auch den Lebensmittelbereich. In den letzten Jahren war die Inflationsrate für Lebensmittel systematisch höher als die allgemeine Teuerung. Während das allgemeine Preisniveau aktuell um 27,7 Prozent höher ist als noch im Jänner 2021, sind Nahrungsmittel um satte 33,7 Prozent teurer – alkoholfreie Getränke stiegen sogar um 52,2 Prozent.

Die hohen Nahrungsmittelpreise belasten Österreichs Haushalte. Die allgemeine Teuerung betrug im Juli 2025 3,5 Prozent – die von Lebensmitteln hingegen 4,4 Prozent (Statistik Austria 2025). Besonders für Haushalte mit niedrigem Einkommen ist das ein Problem, denn Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln, Zucker oder Butter haben die Teuerung in die Höhe getrieben und den Einkauf kostspielig gemacht. Bei einkommensarmen Haushalten machen diese und ähnliche Produkte einen großen Teil des Einkaufs aus, auf sie kann auch nicht verzichtet werden.



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Anmerkungen: Teuerung von Jänner 2021 bis Juni 2025 (vorläufig). Zu sonstigen Lebensmitteln zählen u.a. Gewürze, Kleinkindnahrung, Fertiggerichte.

/ Was die Preise hochtreibt: Klimakrise, Spekulation, sowie hohe Konzentration und Marktmacht im Lebensmittelsektor

Dass die Inflation im Bereich der Nahrungsmittel so hoch ist, liegt an mehreren Faktoren, die sich über die Lieferkette hinweg zuspitzen. Einerseits übersetzen sich hohe Energiekosten oft zu einem gewissen Grad in weitere Sektoren. Energie ist als Inputfaktor systemisch relevant und die hohen Energiepreise der letzten Jahre treiben auch die Preise für Nahrung in die Höhe. Studien haben gezeigt, dass Länder mit Energiepreisbremsen, auch oft eine niedrigere Teuerung hatten. Dementsprechend ist es empfehlenswert, die Inflation gleich zu Beginn bei den Energiepreisen zu stoppen, bevor sie sich über die Lieferketten weiter verfestigen kann (Rabensteiner et al. 2025; Weber et al. 2024). Umso wichtiger ist es auch, Übergewinne im Energiebereich zu bekämpfen.

Auch die Klimakrise hat Einfluss auf die Lebensmittelpreise, denn durch die fortschreitende Erderhitzung kommt es zu häufigeren Dürreperioden und Ernteaussfällen. Bereits jetzt erhöhen klimabedingte Verzögerungen die Preise. Aktuelle Studien zeigen, dass die Hitzewelle im Sommer

2022 zu bis zu 0,93 Prozentpunkten höheren Lebensmittelpreisen geführt hat. Die Klimakrise hartnäckig zu bekämpfen, ist somit auch eine der größten Herausforderungen, um die Teuerung in Schach zu halten. Bis 2035 kann die Klimakrise die Inflation um knapp 1,2 Prozentpunkte erhöhen, die Inflation im Lebensmittelbereich sogar um 3,2 Prozentpunkte (Kotz et al. 2024).

Zusätzlich dazu ist der Lebensmittelsektor schon auf der Ebene von Agrargütern wie Weizen, Mais, oder Zucker besonders konzentriert und Unternehmen können durch ihre Marktmacht hohe Profite und Übergewinne einfahren. Lebensmittelpreise werden nicht einfach durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Mächtige, internationale Firmen entlang der Lieferkette können Profite auf Kosten der Produzent:innen auf der einen Seite, und den Endkonsument:innen auf der anderen Seite machen. Schon während der großen Lebensmittelpreiskrise 2007/08 wurden Finanzialisierung, Marktmacht und Gewinne auf Kosten von Grundbedürfnissen im Lebensmittelsektor als Problem erkannt (Baines 2017). Dazu kommt Spekulation auf den Börsen, wo Spekulant:innen, die keinerlei Interesse an den wirklichen Produkten haben, die Preise in die Höhe treiben und für Unsicherheit sorgen.

Schließlich werden auch am Ende der Lieferkette, im Einzelhandel, die Preise in die Höhe getrieben. In Österreich gibt es kaum Konkurrenz im Lebensmitteleinzelhandel und die großen Supermarktketten können ihre monopolartige Stellung ausnutzen, um die Preise für Kund:innen hochzuhalten. Zusätzlich dazu beschränken große Händler die Lieferung in manche Länder und verlangen unterschiedlich hohe Preise. Die Großhandelspreise sind in Österreich deutlich höher als in größeren EU-Staaten. Das zeigt sich auch daran, dass die Preise im Supermarkt hierzulande systematisch teurer sind als im Nachbarland Deutschland.

Trotz dieser komplexen Lage gibt es viele Möglichkeiten, die Teuerung im Bereich der Lebensmittel rasch und effizient zu bekämpfen. Nahrung ist ein Grundbedürfnis und in Zeiten von Krisen muss gesellschaftlich rasch gehandelt werden, sodass der wöchentliche Einkauf für alle leistbar bleibt. In den letzten Jahren wurden international unterschiedliche Maßnahmen eingesetzt, um den negativen Konsequenzen der Lebensmittelpreisinflation entgegenzusteuern, oder aber auch um profitgetriebene Inflation zu verhindern. Manche Länder setzten Preisanker (Kroatien) für ausgewählte Waren, andere begrenzten Bruttomargen (Rumänien), wieder andere senkten Mehrwertsteuern (Portugal oder Deutschland) oder regten mehr Wettbewerb durch Preisvergleichsportale (Griechenland) an. Die Erfahrungen daraus sind heute gut dokumentiert und erlauben ein gut durchdachtes Design für Österreich.

/ Welche Maßnahmen gegen die Teuerung helfen können

Die hohen Lebensmittelpreise haben ihren Ursprung an verschiedenen Stellen. Angefangen mit der Produktion, die durch die Klimakrise schwieriger wird, bis hin zu Supermärkten in Österreich, die durch die geringe Konkurrenz hohe Aufschläge verlangen können. Die vorgeschlagenen Maßnahmen setzen entlang der Lieferkette an und bieten damit ein breites Spektrum an Handlungsmöglichkeiten.

/ Profitgetriebene Inflation und Spekulation entlang der Lieferkette bekämpfen

Hohe Gewinne entlang der Lebensmittel-Lieferkette sind kein neues Problem. Schon während der Lebensmittelpreiskrise 2008/09 wurden die hohen Gewinne von Lebensmittelhändlern und Spekulant:innen aufgedeckt. Nur vier große Konzerne dominieren den internationalen Lebensmittelhandel. Durch die hohe Konzentration und ihre Marktmacht sind die Profite dieser Unternehmen hoch – auch in Zeiten, in denen alle anderen unter der hohen Teuerung leiden. Dem UNCTAD Entwicklungsbericht zufolge, sind die Profite der vier großen Lebensmittelhändler (Archer Daniels Midland, Bunge, Cargill und Louis Dreyfus) seit 2019 rasant gestiegen (UNCTAD 2023).

Auch die Spekulation an den Börsen treibt die Preise. In der ersten März-Woche 2022 flossen 4,5 Milliarden Dollar in Fonds, die mit Agrargütern spekulieren – so viel, wie sonst in einem ganzen Monat (Urhahn 2025). Die Börsenhändler:innen nutzen das Chaos auf den Märkten, das durch den Krieg in der Ukraine entstanden war, um Profite zu machen. Während Terminmärkte für Agrargüter ursprünglich entwickelt wurden, um Bäuer:innen eine Möglichkeit zu geben, sich gegen Unsicherheiten abzusichern, haben sich die Börsen längst zu einer Gewinn- und Spekulationsquelle entwickelt. Eine Analyse der Bilanzen der Lebensmittelhändler zeigt, dass große Teile der Einnahmen nicht aus dem Kerngeschäft des Handels, sondern aus Spekulation kommen (UNCTAD 2023).

Vorschläge, die die Nahrungsmittelspekulation einschränken können, gibt es zahlreiche, angefangen von einer Re-Regulierung des Markts für Nahrungsmittelderivate, einem Verbot für Indexfonds in Nahrungsmittel zu investieren oder einer Finanztransaktionssteuer für Gewinne, die auf Nahrungsmittelrohstoffmärkten generiert werden (Rabensteiner et al. 2025).

/ Energiepreise senken

Neben einer Vielzahl anderer Faktoren, haben auch die gestiegenen Energiepreise die Lebensmittelteuerung befeuert. Energie wird sowohl bei der Erzeugung, dem Transport als auch dem Verkauf von Lebensmitteln benötigt. Somit haben höhere Energiepreise Auswirkungen auf die gesamte Lieferkette, wodurch sie wiederum die Lebensmittelpreise beeinflussen. Vor allem in der Landwirtschaft spielen Energiekosten eine wichtige Rolle, etwa durch den Einsatz von Düngemitteln, Maschinen und Werkzeugen (Rabensteiner et al. 2025). Ein Anstieg der Ölpreise kann dabei besonders starke Effekte auf Lebensmittelpreise haben. Im Vergleich dazu hat sich in der COVID-Krise gezeigt, dass ein starker Rückgang des Ölpreises nur zu einer geringen oder keiner Senkung der Lebensmittelpreise führte (Alnour et al. 2023).

Warum ein Rückgang der Energiepreise nicht so einfach wie ein Anstieg weitergegeben wird, kann verschiedene Gründe haben. So ermöglicht etwa die bestehende Marktmacht von Lebensmittellieferanten ein gezieltes Horten von Produkten, wodurch die Preise künstlich hochgehalten werden (Alnour et al. 2023). Zudem werfen die hohen Übergewinne von Energieunternehmen die Frage auf, ob die enormen Preissteigerungen vollständig gerechtfertigt waren und inwiefern Preisrückgänge tatsächlich weitergegeben wurden. In Österreich haben die Energieunternehmen im vergangenen Jahr Übergewinne in Höhe von 1,5 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorkrisenniveau erzielt (Jüngling 2025).

Generell zeigt sich, dass Länder mit höheren Ausgaben für solche Preiskontrollen eine niedrigere Inflation bei den Energiepreisen hatten (Rabensteiner et al. 2025). Das kann auch die Lebensmittelpreise senken. Denn die Erdöl- und Kohleindustrie zählen zu den bedeutendsten Sektoren für Preisstabilität. Durch ein rechtzeitiges Absenken der Preise in jenen Sektoren, die in die Produktion weiterer Produkte einfließen, kann die Ausbreitung einer Teuerungskrise abgefedert werden (Weber et al. 2024). Solch ein gezieltes Eingreifen in die Energiepreise in Zeiten einer Teuerungskrise hat sich in den letzten Jahren als sinnvolles Instrument herausgestellt. Spanien deckelte etwa die Preise für Gas bei der Stromerzeugung, was die Großhandelspreise um 15 Prozent senkte.

/ Transparenz-Instrumente

Auch Transparenz-Instrumente können helfen, die Preissteigerungen in Schach zu halten. Dabei muss zwischen kurz- und langfristigen Instrumenten unterschieden werden. Kurzfristig Abhilfe schaffen können etwa Preisvergleichstools, während langfristig ein systematisches Monitoring der Preise entlang der Warenkette zeigen kann, wo hohe Profite gemacht werden.

Um die hohe Inflation 2022 zu bekämpfen, setzte Griechenland auf ein Transparenz- und Vergleichsinstrument, den „Household Basket“. Im Rahmen dieses Programms mussten große Supermärkte ab November 2022 jeweils ein Produkt pro Produktgruppe für 31 verschiedene Nahrungsmittel zu einem geringeren Preis verkaufen und als solches bewerben. Wöchentlich konnten die Supermärkte die Produkte austauschen, also etwa ein Produkt aus einer Produktgruppe mit einem anderen austauschen. Nahmen Supermärkte nicht teil oder kennzeichneten die günstigen Produkte nicht als solche, drohten Strafen von bis zu 5.000 Euro pro Tag. Diese Maßnahme ist kein direkter Preiseingriff, regt jedoch zu Wettbewerb zwischen den Supermärkten an und nimmt den Haushalten die Preisvergleich-Recherche ab. Neben anderen Maßnahmen wäre es sinnvoll eine solche Preisvergleichs-Datenbank auch in Österreich zu etablieren.

Aber auch langfristige Preismonitoring-Instrumente sind gut erprobt. Frankreich verfügt etwa über ein ausgeklügeltes System, in dem Erzeugerpreise, Gewinnspannen und Bruttomargen festgehalten und dokumentiert werden. Jährlich wird auf Basis der erhobenen Daten ein Bericht erstellt und an das Parlament weitergeleitet. 2023 umfasste der Bericht 34 Produkte in elf Branchen. Da Supermärkte eine Vielzahl an Produkten verkaufen, hat die französische Preisbeobachtungsstelle eigene Fragebögen für Supermärkte entworfen, um die Margen für einzelne Lebensmittel zu erfragen (Renhart et al. 2024, 28f.). Solche Instrumente liefern die notwendigen Daten, um dann weitere Markteingriffe zu evaluieren.

/ Ausgewählte, treffsichere Preisdeckel

Selektive Preisdeckel sind eine Anti-Teuerungs-Maßnahme, die in Kroatien eingeführt wurde. Dabei wurden Supermärkte verpflichtet, mindestens ein Produkt pro Produktgruppe zu einem gedeckelten Preis zu verkaufen. Eine Studie, die die Preisentwicklung von Haltbarmilch mit jener in den Nachbarländern vergleicht, kommt zu dem Schluss, dass der kroatische Preisdeckel wirksam war. Während der Preis von Haltbarmilch in den Monaten zuvor um 40 Prozent gestiegen ist, war diese nach Einführung des Preisdeckels um 35 Prozent günstiger, als angesichts der bisherigen Preisentwicklung sowie jener der Nachbarländer zu erwarten war. Die Gesamtinflation konnte damit zwar nicht aufgehalten werden, die Maßnahme zeichnet sich jedoch durch eine

hohe soziale Treffsicherheit aus. Ärmere Haushalte müssen einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben und spüren die Teuerung daher besonders stark. Selektive Preisdeckel wie in Kroatien können daher die Inflationsrate besonders für einkommensschwächere Gruppen dämpfen (Mužić und Žilić 2024). Andere Studien zeigen außerdem, dass es zu keinen Versorgungsengpässen kommt, wenn vereinzelte Produkte zu festgelegten Preisen verkauft werden, da Supermärkte in der Lage sind auf die steigende Nachfrage zu reagieren. In Argentinien wurde eine App für Konsument:innen eingeführt, in der missachtete Preisdeckel oder Engpässe gemeldet werden können (Aparicio und Cavallo 2024).

Trotzdem müssen solche Preiskontrollen vorsichtig gestaltet werden und brauchen viel Monitoring. In Kroatien stiegen die Preise für gewisse Ausweichprodukte und auch in Argentinien holten sich die Firmen die Gewinne durch höhere Preise bei anderen Produkten zurück, als die Profitmargen für die ausgewählten Produkte sanken (Aparicio und Cavallo 2024). Wenn es um eine kurzfristige Entlastung durch einige günstige Produkte des Grundbedarfs geht, muss das kein Gegenargument sein. Langfristig kann solch eine Verschiebung der Profitmargen dennoch zu Ineffizienzen führen. Was hier Abhilfe schaffen könnte, sind zusätzliche Regulationen der Gewinnmargen.

/ Marktmacht im Einzelhandel bekämpfen: Profitmargen-Limits einführen

Die Bundeswettbewerbsbehörde hat gezeigt, dass der Lebensmittelhandel in Österreich hochkonzentriert ist. Die fünf größten Unternehmen kontrollieren knapp 70 Prozent des Marktes (Renhart et al. 2024). Das erleichtert es den Unternehmen, ihre Marktmacht auszunutzen und hohe Preise zu verlangen. Auch der „Österreich-Aufschlag“ zeigt, dass entlang der Lieferkette Preisdiskriminierung betrieben wird und Aufschläge höher sind, als notwendig wäre.

Wenn sich ein Teil der Preisaufschläge durch Marktmacht an verschiedenen Schritten entlang der Lieferkette erklären lässt, dann kann auch ein Instrument helfen, welches in Rumänien zum Einsatz kam. Rumänien hatte in den letzten Jahren mit einer der höchsten Raten der Lebensmittelinflation in Europa zu kämpfen. Als Maßnahme dagegen wurden die Profitmargen von Lebensmittelunternehmen entlang der Lieferkette beschränkt. Es wurde festgelegt, wo wie viel Aufschlag verlangt werden darf. Beispielsweise dürfen im Handel nur 20 Prozent auf gewisse Produkte des täglichen Bedarfs aufgeschlagen werden – abzüglich der Kosten, die dort entstehen.

Die rumänische Nationalbank schätzt, dass trotz gewisser Messunsicherheiten, diese Maßnahmen die Teuerung bei Lebensmitteln bis zu 0,6 Prozentpunkte senken konnten (Guga 2024). Vor allem kurzfristig sind die Preise gefallen und haben somit zu einer Entlastung geführt. Im Juni 2024 waren die Preise für die ausgewählten Produkte sogar um 20 bis 30 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Eine solche Maßnahme muss vorsichtig und mit Treffsicherheit umgesetzt werden. Doch die Erfahrung zeigt, dass es möglich ist die Profitentwicklung zu beobachten und besonders in Krisenphasen die Konsument:innen zu entlasten. Kombiniert mit einer Preistransparenz-Datenbank wie in Frankreich, in der auch über Bruttomargen verpflichtend berichtet werden muss, könnte Österreich auch hier ansetzen.

/ Österreich-Aufschlag abschaffen

Zusätzlich zu den ohnehin schon bestehenden Problemen hoher Lebensmittelpreise sind auch die Einkaufspreise im Großhandel in Österreich höher als sie es sein müssten. Während man eigentlich damit rechnen müsste, dass gleiche Produkte in Supermärkten, die wenige Kilometer voneinander entfernt liegen, auch gleich viel kosten, ist das an der Grenze zwischen Österreich und Deutschland nicht der Fall. Zwischen 2008 und 2018 dokumentierten Forscher:innen, die Preise von Einkäufen nahe der Grenze und stellten fest, dass genau an der Grenze in Österreich die Preise sprunghaft ansteigen (Messner et al. 2023). Aktuell kosten Lebensmittel in Österreich um rund 23 Prozent mehr als in Deutschland (Arbeiterkammer Wien 2025).

Dieser „Österreich-Aufschlag“ ist der Politik schon lange ein Dorn im Auge. Er lässt sich durch sogenannte „territoriale Lieferbeschränkungen“ erklären. Große Lebensmittelhersteller verbieten es teilweise, Lebensmittel in einem EU-Staat zu kaufen und in einen anderen weiterzuverkaufen. Gleichzeitig verkaufen sie die Produkte zu unterschiedlichen Preisen an die Händler weiter. Ein Lebensmittelhändler, der in Bayern einkauft, darf seine Produkte mitunter nicht in Salzburg weiterverkaufen. In der Vergangenheit gab es wegen eines solchen Vorgehens schon ein kartellrechtliches Verfahren gegen den Lebensmittelriesen Mondelez. Dabei verhängte die EU-Kommission eine Strafe von 337,5 Millionen Euro (Schmid und Kainrath 2025). Hier müsste sich die EU-Kommission stärker dafür einsetzen, ein Verbot solcher Lieferbeschränkungen durchzusetzen.

/ Mehrwertsteuer-Senkungen mit gesichertem „Pass Through“

In Deutschland wurde 2020, kurz nach Ausbruch der COVID-Pandemie, die allgemeine Mehrwertsteuer von 19 auf 16 Prozent gesenkt und die ohnehin schon niedrigere Mehrwertsteuer auf Lebensmittel von 7 auf 5 Prozent. Eine Analyse von mehr als 60.000 Produkten zeigt, dass die Mehrwertsteuer-Senkung fast vollständig weitergegeben wurde (Fuest et al. 2020). Für Konsument:innen waren die Preise im Schnitt um knapp 2 Prozent niedriger, was einer vollständigen Weitergabe der Mehrwertsteuer-Senkung entspricht.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt eine Analyse der Mehrwertsteuer-Senkung in Polen, wo im Februar 2022 die Mehrwertsteuer von 5 Prozent vollständig abgeschafft wurde. Nach einer Weitergaberate von knapp der Hälfte der Senkung zu Beginn, wurde nach 5 Monaten nahezu die gesamte Mehrwertsteuer-Senkung an die Konsument:innen weitergegeben. Eine zentrale Rolle spielte dabei die polnische Wettbewerbsbehörde, die kontrollierte, dass die Unternehmen ihre Preise tatsächlich senkten. Die Autoren argumentieren, dass die Mehrwertsteuer-Senkung eine kosteneffiziente Maßnahme war, um die Teuerung vor allem in den unteren Einkommensdezilen zu senken (Jaworski und Olipra 2025).

Portugal senkte für mehrere Monate (von 18.4.2023 bis 4.1.2024) die Mehrwertsteuer für 46 Grundnahrungsmitteln von 6 auf 0 Prozent. Für pflanzliche Öle galt bis dahin ein höherer Satz von 23 Prozent, der ebenso auf 0 Prozent gesenkt wurde. Auch in diesem Fall zeigen Studien, dass sich die Weitergabe der Steuersenkung an die Konsument:innen auf 99 Prozent beläuft. Das senkte die portugiesische Inflationsrate im Monatsvergleich um 0,7 Prozentpunkte (Duque 2024).

/ Zusammenfassung: Was Österreich jetzt machen kann

Der internationale Vergleich zeigt, dass es eine große Auswahl an effektiven Maßnahmen gibt, aus denen Österreich wählen kann, um die Teuerung bei Lebensmitteln sozial treffsicher zu bekämpfen. Während manche Maßnahmen strukturell den Lebensmittelsektor reformieren könnten, haben andere das Ziel kurzfristig die größten Folgen abzufedern. Das Momentum Institut empfiehlt die folgenden Vorschläge:

/ Auf EU-Ebene gegen territoriale Lieferbeschränkungen vorgehen

Um Profitinteressen großer Konzerne zu verteidigen, gibt sich Österreich zögerlich, wenn es um die **Bekämpfung territorialer Lieferbeschränkungen** geht. Bis Ende 2026 will die EU ein Gesetz entwickeln, das nationale Lieferbeschränkungen verbietet. Doch von Seiten Österreichs kommt Zögern (Schmid und Kainrath 2025). Das darf nicht sein. Als ein Land, das selbst stark davon betroffen ist, muss die österreichische Regierung im Interesse ihrer Bürger:innen handeln und sich für ein Ende der territorialen Lieferbeschränkungen einsetzen.

/ Preistransparenz-Datenbank etablieren

Österreich sollte nach dem Vorbild Frankreichs eine **Preistransparenz-Datenbank** einrichten. Dabei werden die Kosten, die an den verschiedenen Stufen des Produktionsprozesses entstehen dokumentiert und evaluiert. Überhöhte oder unverhältnismäßige Preisaufschläge können dadurch gezielt am Entstehungsort identifiziert und bekämpft werden. Außerdem liefern die Daten eine wertvolle Grundlage für weitere Maßnahmen. Auch Preisvergleichstools für Konsument:innen können helfen überhöhte Preise leichter zu erkennen. Zusätzlich steigert das den Wettbewerbsdruck, was wiederum tendenziell die Preise dämpft.

/ Bruttomargen-Limits einführen, damit Unternehmen volatile Märkte nicht ausnützen

Sobald durch eine Datenbank eruiert werden kann, wo entlang der Lieferkette Gewinnsteigerungen entstehen, kann Österreich auch, ähnlich wie es in Rumänien geschehen ist, **Bruttomargen-Limitationen** für ausgewählte Produkte einführen. Das kann sicherstellen, dass Unternehmen nicht auf Kosten der Haushalte hohe Gewinne machen und vor allem garantieren, dass nach Phasen von hohen Preissteigerungen bei den Erzeugerpreisen (etwa durch Energiepreisschocks), die Preissenkungen auch konsequent weitergegeben werden. Der „Österreich-Aufschlag“ zeigt, dass Preisdiskriminierung die Preise höher hält, als sie es sein müssten. Ein solches Vorgehen ist auch an anderen Schritten der Lieferkette nicht auszuschließen und muss reglementiert werden.

/ Preisstabilen Einkaufskorb einführen

Zusätzlich sollte Österreich einen „**preisstabilen Einkaufskorb**“ angelehnt an den Maßnahmen in Kroatien und Griechenland einführen. Dabei müssen Supermärkte ein Produkt pro Produktgruppe permanent zu einem günstigen Preis anbieten und dieses auch als solches bewerben. Die Supermärkte können das vergünstigte Produkt innerhalb der Produktgruppe regelmäßig auswechseln (z.B. eine Sorte Nudeln gegen eine andere austauschen), um für Flexibilität und Abwechslung sorgen. Durch eine Website und eine App können Konsument:innen

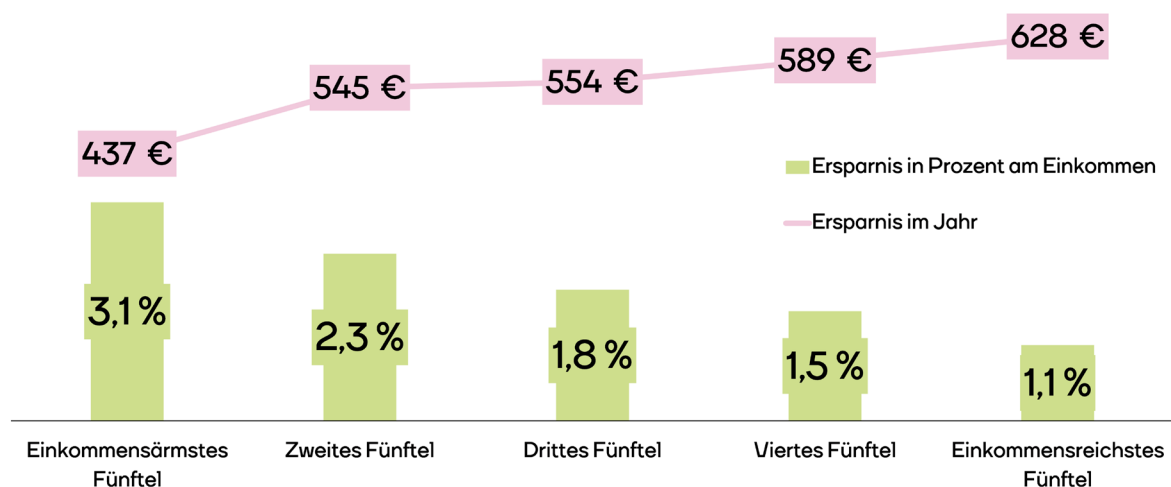
jederzeit nachschauen, welche Produkte gerade wo zu welchem (reduzierten) Preis verfügbar sind. Die Idee dahinter ist, dass wenn jemand nur die „Warenkorb“ Produkte kaufen würde, sich der Einkauf immer in einem gewissen Preisbereich, der regelmäßig evaluiert wird, befindet. Diese Maßnahme findet einen guten Mittelweg zwischen Preiskontrolle und Flexibilität.

/ Mehrwertsteuer senken

Die Studienlage zeigt, dass eine Senkung der Mehrwertsteuer ein schnelles und effizientes Mittel ist, um die Inflation bei Nahrungsmitteln zu senken. Das Momentum Institut empfiehlt, **die Mehrwertsteuer gezielt für eine Auswahl an Grundnahrungsmittel für eine begrenzte Zeit auszusetzen**, wenn die Inflation im Lebensmittelbereich einen zuvor definierten Wert überschreitet. Die Evidenz aus Polen zeigt, dass eine aktive Zusammenarbeit mit der Wettbewerbsbehörde ein Baustein sein kann, um die Weitergabe zu garantieren. Kombiniert mit Preistransparenz-Instrumenten kann ein Aussetzen der Mehrwertsteuer rasch und gezielt Entlastung bieten.

Eine Abschaffung der Mehrwertsteuer im kommenden Jahr, würde die Teuerung im einkommensärmsten Fünftel um 3,1 Prozent reduzieren. Während in absoluten Zahlen Menschen mit höherem Einkommen auch etwas mehr für den Einkauf ausgeben, zeigt die relative Entlastung, dass die Maßnahme sozial treffsicher ist.

Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel: Die Einkommensärmsten werden relativ am stärksten entlastet



Quelle: Konsumerhebung 2019/20, VPI, eigene Berechnung
Anmerkung: Verteilungswirkung des Entfalls der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel und alkoholfreie Getränke.

MOMENTUM
INSTITUT

Die zusätzlich entstehenden Kosten könnten durch einnahmenseitige Maßnahmen finanziert werden. So wäre eine Rücknahme der Körperschaftsteuer-Senkung ein geeignetes Mittel, um die Mehrwertsteuer-Senkung auszugleichen.

/ Literatur

Alnour, M., H. Altıntaş, M. N. Rahman et al. (2023) “Unveiling the asymmetric response of global food prices to the energy prices shocks and economic policy uncertainty”. *World Development Sustainability*, 3: 100083. DOI: 10.1016/j.wds.2023.100083.

Arbeiterkammer Wien (2025) Eis, Fertiggerichte & Co. In Österreich viel teurer als in Deutschland. <https://wien.arbeiterkammer.at/markenlebensmittel>

Aparicio, D., A. Cavallo et al. (2021) “Targeted Price Controls on Supermarket Products”. *The Review of Economics and Statistics*, 103(1): 60–71. DOI: 10.1162/rest_a_00880.

Baines, J. (2017) “Accumulating through food crisis? Farmers, commodity traders and the distributional politics of financialization”. *Review of International Political Economy*, 3(24): 497–537. DOI: 10.1080/09692290.2017.1304434

Duque Gabriel, R. (2024) “A Temporary VAT Cut in Three Acts: Announcement, Implementation, and Reversal”. Seminar, NIPE – Universidade do Minho.

Fuest, C., F. Neumeier, D. Stöhlker et al. (2021) “The Pass-Through of Temporary VAT Rate Cuts: Evidence from German Supermarket Retail”. CESifo Working Paper No. 9149, 24 June 2021.

Guga, Stefan (2024) Price caps in Romania. What was the impact of the government’s measures? FES-Briefing. <https://romania.fes.de/e/price-caps-in-romania-what-was-the-impact-of-the-governments-measures.html>

Jaworski, K., J. Olipra et al. (2025) “Cutting VAT rate on food products in a high-inflation environment. Does it work out?”. *Food Policy*, 131: 102816. DOI: 10.1016/j.foodpol.2025.102816.

Jüngling, Leonard (2025) „Landesenergieversorger-Report: Erneut massive Übergewinne“. *Momentum Institut Report*. <https://www.momentum-institut.at/wp-content/uploads/2025/08/Landesenergieversorger-Report-2025-Momentum-Institut.pdf>

Kotz, M., F. Kuik, E. Lis et al. (2024) “Global warming and heat extremes to enhance inflationary pressures”. *Communications Earth & Environment*, 1(5): 116. DOI: 10.1038/s43247-023-01173-x

Messner, T., F. Rumler, G. Strasser et al. (2023) “One product, two prices: the border effect in retail prices”. European Central Bank, Research Bulletin No. 106, 20 April 2023.

Mužić, I., I. Žilić (2024) “Can selective price controls fight off inflation? Lessons from milk products in Croatia”. *Applied Economics Letters*, 32(13): 1859–1863.

Rabensteiner, T., I. Heck, B. Tippet, A. Kolesnichenko et al. (2025) “Policy Study”. The Foundation for European Progressive Studies (FEPS), April 2025.

Renhart, A., J. Baumgartner, A. Pekanov, F. Sinabell et al. (2024) “Preistransparenz entlang der Lebensmittelwertschöpfungskette: Entwicklung eines Konzepts einer Preisdatenbank zur Erhebung von Daten in der Lebensmittelwertschöpfungskette in Österreich”. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Jänner 2024.

Schmid, F., V. Kainrath (2025) “EU will Preisaufschläge für kleinere Mitgliedsstaaten bekämpfen – aber Österreich blockte ab”. *Der Standard*, 13 August 2025

Statistik Austria (2025) “Inflation im Juli 2025 laut Schnellschätzung bei 3,5 %: Deutlicher Preisauftrieb bei Industriegütern und Energie”. Pressemitteilung 13 667-160/25.

UNCTAD (2023) TRADE AND DEVELOPMENT REPORT 2023: Growth, Debt and Climate: Realigning the Global Financial Architecture (Geneva: UNCTAD).

Urhahn, J. (2025) “Stop Playing With Our Food! Because food speculation harms both consumers and producers, it must end”. *Analysis of Capitalism*, Rosalux International – Socio-ecological Transformation – Food Sovereignty, 01/23/2025.

Weber, I. M., J. Lara Jauregui, L. Teixeira, L. N. Pires et al. (2024) “Inflation in times of overlapping emergencies: Systemically significant prices from an input–output perspective”. *Industrial and Corporate Change*, 33(2): 297–341. DOI: 10.1093/icc/dtad080. Published 06 February 2024.

Weber, I. M., E. Wasner, M. Lang, B. Braun, J. van ’t Klooster et al. (2025) “Implicit coordination in sellers’ inflation: How cost shocks facilitate price hikes”. *Structural Change and Economic Dynamics*, 74: 690–712. DOI: 10.1016/j.strueco.2025.04.005.

Zitiervorschlag:

Frauenlob, Miriam, Rauscher, Lena & Jüngling, Leonard (2025). *Lebensmittel leistbar machen: Was sich Österreich von anderen Ländern abschauen kann*. Momentum Policy Brief 8/2025.

/ Kontakt

Momentum Institut

Märzstraße 42/1

1150 Wien, Österreich

kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at

// MOMENTUM
/ INSTITUT